



Antrag Nr.: A0181/16

Datum: 17.03.2016

**Änderungsantrag  
Fraktion AfD**

**Gegenstand:**

Maßnahmen zur Kriminalitätsbekämpfung am Wiener Platz

**Beschlussvorschlag:**

Der Beschlussvorschlag wird im zweiten Punkt wie folgt geändert:

- den Gemeindlichen Vollzugsdienst personell um wenigsten 40 Stellen aufzustocken, um die GVD-Präsenz am Wiener Platz zu erhöhen,

Der Beschlussvorschlag wird um folgenden Punkt ergänzt:

- die Ausschreibung der Stellen erfolgt sofort sowohl intern als auch extern

**Begründung:**

Das Sicherheitsgefühl der Dresdner Bürger hat sich in den letzten Monaten zusehends verschlechtert. Der Stadtrat hat hierzu bereits umfangreich beraten, ohne zu einer spürbaren politischen Entscheidung zu kommen. Die Situation am Wiener Platz ist weiterhin besorgniserregend, Meldungen von Übergriffen und Einbrüchen im ganzen Stadtgebiet sind häufig Gegenstand von Presseberichterstattung. Auch die Entscheidung des Stadtrates prüfen zu lassen, ob sich die Sicherheit durch das Aussetzen der Abschaltung der Straßenbeleuchtung erhöhen lässt, ist Ausdruck der Verunsicherung, die viele Menschen in Dresden ergriffen hat.

Eine größere Mitteleinplanung für den gemeintlichen Vollzugsdienstes, wie er für den nächsten Haushalt durch das Ordnungsamt avisiert wird, ist angesichts des Sicherheitsempfindens der Dresdner Bürger wichtig. Dass von Seiten des Ordnungsamtes eine Personalvergrößerung von ca. 20 Personen für den gemeintlichen Vollzug geplant ist, unterstreicht in besonderem Maße die Dringlichkeit der aktuellen

Probleme in Dresden. Daher ist es dringend geboten, die Personalvergrößerung schon jetzt wirksam werden zu lassen, da Sicherheit und Sicherheitsempfinden durch die Dresdner Bürger aktuell immer negativer eingeschätzt und beurteilt wird. Zudem sind bei einer Mittelbereitstellung für die 20 vom Ordnungsamt für nötig befundenen zusätzlichen Mitarbeiter des gemeintlichen Vollzugsdienstes erst im kommenden Doppelhaushalt weitere Verzögerungen absehbar. Bewerbung und Ausbildung der einzustellenden Personen benötigen weitere Zeit. Nach Erfahrungswerten des Ordnungsamtes etwas drei bis sechs Monate. Von einem zeitnahen Einsatz und damit einer schnellen Reaktion auf das veränderte Sicherheitsempfinden und die tatsächliche Sicherheitssituation seitens der Stadt kann daher keine Rede sein. Nötig ist vielmehr ein sofortiger Personalaufwuchs, der einzig in der Lage ist, den derzeitigen Herausforderungen Rechnung zu tragen.